

PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT

der Georg–August–Universität Göttingen

— Dekanat —



Philosophische Fakultät • Universität Göttingen
Humboldtallee 17 • D-37073 Göttingen

An

- die Mitglieder des Fakultätsrates der Philosophischen Fakultät
- die Gleichstellungsbeauftragte der Philosophischen Fakultät
- die Kondekanin der Philosophischen Fakultät
- die Studiendekanin der Philosophischen Fakultät

nachrichtlich: an die stellvertretenden Mitglieder des Fakultätsrates

Göttingen, den 15.02.2010

Protokoll der Sitzung des Fakultätsrates
vom Mittwoch, 20. Januar 2019, 14:15 Uhr
im Sitzungszimmer des Dekanats, Humboldtallee 17

Anwesend:

Dekanin:	Prof. Florack
Studiendekanin:	Karg
Hochschullehrergruppe:	Brandenberger Kelleter Lehmann (bis 16:10 Uhr, ab 17:30 Uhr) Nesselrath Oberlies Schumann Stockinger
Mitarbeitergruppe:	Busch Fabiani
Studierendengruppe:	Schmidt
MTV-Gruppe:	Kausch Strüber
Gleichstellungsbeauftragte:	Wolff
Studiendekanatsreferentin:	Geffcken
Fakultätsreferentin/Protokollführung:	Schubert
entschuldigt:	Bendix

Öffentlicher Teil:

Beginn:14:15 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

TOP 1) Feststellung der Tagesordnung

Die Dekanin stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Sie bittet um folgende Änderungen der Tagesordnung:

1. TOP 10 möge vorgezogen werden, da die Gleichstellungsbeauftragte erkrankt und nur zu diesem TOP erschienen ist.
2. TOP 9 möge ggf. ebenfalls vorgezogen werden, da die Gäste wegen anderer Verpflichtungen um 15 Uhr eingeladen werden mussten.
3. TOP 13 möge ggf. nach hinten verschoben werden, da der Gast erst um 17 Uhr eintreffen wird.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2) Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.12.09

Die Fakultätsreferentin berichtet Folgendes: die Zeiten des vermeintlichen Weggangs der Mitglieder der MTV-Gruppe sind zu streichen. – In TOP 4 ist der letzte Satz wie folgt zu berichtigen (Ergänzung kursiv): „Der Fakultätsrat beschließt den Freigabeantrag mit einer Vielzahl von Änderungen *im Ausschreibungstext* mit 12:0:0 Stimmen.“ Mit diesen Änderungen wird das Protokoll einstimmig angenommen.

TOP 3) Mitteilungen und Fragen

I. Mitteilungen der Dekanin

1. Unter der Federführung von Herrn Prof. Reitemeier (Sprecher) und Herrn Prof. Jakubowski-Tiessen (stellv. Sprecher) ist ein Antrag an das MWK auf Förderung eines Promotionskollegs mit dem Titel „Die Personalunion zwischen Großbritannien und Hannover 1714 bis 1837: Internationaler Kommunikations- und Handlungsraum im Kontext der europäischen und transatlantischen Welt“ erarbeitet worden. Wegen der Dringlichkeit kann der Gesamtantrag nicht mehr im Fakultätsrat beraten werden – eine Zusammenfassung liegt vor.
2. Das Land hat den Wissenschaftspreis Niedersachsen ausgelobt – die Information ist an alle Fächer gegangen; diese sind gebeten worden, ihre Vorschläge an das Dekanat zu senden. Der Preis wird in drei Kategorien vergeben.
3. Die Balzan-Stiftung hat den Balzan-Preis 2010 ausgelobt.
4. Das BMBF schreibt internationale Kollegs in den Geisteswissenschaften aus.
5. Die Gerda-Henkel-Stiftung schreibt Gastprofessuren aus: Gerda Henkel Visiting Professor at Stanford University 2010-2011, Bewerbungsschluss: 30. März 2010.
6. Unter der Federführung von Herrn Prof. Bergemann, Archäologie, und mit Unterstützung des Präsidiums ist ein Antrag auf Förderung des Projekts „Konzept für ein Netzwerk Klassische Archäologie zur Entwicklung eines Kerncurriculum und zur Motivierung von Studienortwechseln im Inland im Rahmen der gestuften Studiengänge BA/MA in Klassischer Archäologie an deutschen Universitäten“ an die VW- und an die Mercator-Stiftung gegangen.
7. Seit 01.01.10 ist Frau Dr. des. Katrin Pietzner als neue Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Dekanat tätig (halbtags). - *Bei dieser Mitteilung stellt sich Frau Pietzner kurz persönlich vor.*

8. Das Präsidium hat mitgeteilt, dass es in der Angelegenheit „W2-Professur Fachdidaktik Deutsch“ gegen das Votum des Senats entschieden habe – für die Einrichtung der Professur werden zentrale Studienbeiträge eingesetzt.
9. Die DFG fordert im SFB STORMA nicht korrekt eingesetzte Mittel i. H. v. ca. 500.000 € zurück.
10. Der Senat hat dem Schlüsselkompetenzkonzept, das v.a. von der ZKLS+ im Zusammenhang mit der Absicht, größere Beträge für die Finanzierung von Schlüsselkompetenzangeboten einzusetzen, gefordert wurde, mit einigen Änderungen zugestimmt. Im Wesentlichen entspricht das Konzept jedoch der Fassung, die dem Fakultätsrat bereits im Oktober 09 vorlag; die damals eingereichten Änderungsvorschläge der Philosophischen Fakultät haben größtenteils keinen Eingang in das Konzept gefunden.
11. Im Laufe des SoSe 10 sollen die Fakultäten ihre Entwicklungspläne überarbeiten.
12. Das Präsidium hat mitgeteilt, dass die Pläne für die Wiedereinrichtung der Wissenschaftsgeschichte zunächst bis 2012 ruhen werden. Grund ist der Umstand, dass eine solche Professur derzeit nur als Programmprofessur mit Ablöseverpflichtung denkbar wäre, die Universität jedoch für bereits zahlreiche mögliche Ablöseverpflichtungen vorsorgen muss.

II. Mitteilungen der Studiendekanin

1. Die Firma HIS hat die Ergebnisse einer Umfrage über die Motive für den Studienabbruch veröffentlicht. Im OECD-Vergleich liege Deutschland, was die Zahl der Abbrecher betrifft, danach im unteren Mittelfeld. In den Geistes- und Kulturwissenschaften seien die Abbrecherzahlen zurückgegangen; bei den Ingenieur- und Naturwissenschaften sei jedoch ein Anstieg zu verzeichnen. Die meistgenannten Gründe für den Abbruch des Studiums seien Finanz- und Motivationsprobleme sowie Überforderung.
2. Eine Umfrage zur Ansicht der Lehramtsfächer über die Ansiedlung der Fachdidaktiken hatte den mehrheitlichen Wunsch der Fächer zutage gebracht, dass selbige bei den Fächern angesiedelt bleiben sollten. Grund für die kurzfristige Umfrage war ein auf Anregung des Präsidiums erstelltes Positionspapier aus einer der Fachdidaktiken der Philosophischen Fakultät, das die stärkere Konzentration der Fachdidaktiken erwog. Eine Diskussionsveranstaltung dazu hat am 13.01. stattgefunden. Dabei ist eine Reihe von Problemen laut geworden:
 1. Es wurde Unzufriedenheit mit der Betreuung der Lehramtsstudierenden geäußert.
 2. Das Graduiertenkolleg „Passungsverhältnisse schulischen Lernens“ ist nicht verlängert worden.
 3. Es wurde Unzufriedenheit mit der Federführung der Sowi-Fakultät im ZeUS geäußert.

Fazit: Das ZeUS wünscht mehr strukturelle Autonomie; verlangt werden neben der bereits eingeführten Funktion „Studiendekanin/-dekan ZeUS“ ein eigenes Prüfungsamt und eine Dekanin/ein Dekan Lehramt. Gleichzeitig wurde versichert, dass man nichts tun wolle, was die Fakultäten schwächen könnte.

Die nächste Sitzung findet am 27.01. statt.

3. Aus dem Studiendekanekoncil:
 - a. VPL hat die gute Organisation der Stipendienvergabe gelobt.
 - b. In der Diskussion ist die Möglichkeit, das Studium auch im SoSe aufnehmen

zu können.

- c. Bei der Einrichtung neuer Studiengänge verlangt das MWK künftig die Einreichung der Konzepte 18 Monate vor dem Beginn des Angebots.
- d. Das MWK plant die Veränderung der CNW.
- e. Zu erwarten steht ein Bundesarbeitsgerichtsurteil zu der Frage „Wann ist die Promotion abgeschlossen?“
- f. Die ZKLS+ verlangt Rechenschaft über die Mittelverwendung für die Professionalisierung der Studiendekanate.
- g. Eine Sitzung mit den Studiengangsbeauftragten erbrachte eine Änderung bei der Mittelzuweisung: Diese Mittel werden ab sofort nicht mehr clusterweise, sondern fächerweise zugewiesen.

III. Eilentscheidungen des Dekanats

Das Dekanat hat beschlossen, dass auf Antrag von Herrn Prof. Reitemeier, Institut für Historische Landesforschung, die Arbeitsstelle des Niedersächsischen Wörterbuchs als Abteilung „Niedersächsisches Wörterbuch“ im Institut für Historische Landesforschung weitergeführt wird.

IV. Mitteilungen und Fragen der Fakultätsratsmitglieder

Frau Schmidt berichtet über die Gründung einer Lehramtsstudierendenvertretung und verteilt Flyer dazu.

TOP 4) Schlüsselkompetenzmodule

Der Fakultätsrat beschließt einstimmig (10:0:0) die beiden Schlüsselkompetenzmodule M.Kom.18 „Angewandte Komparatistik“ und B.Tur.10 „Exkursion“ unter dem Vorbehalt, dass keine zusätzlichen Lehrkräfte zur Durchführung der Module aus Haushaltsmitteln finanziert werden werden.

TOP 5) Zulassungsordnungen für Masterstudiengänge

Der Fakultätsrat beschließt bei einer Enthaltung (10:0:1), die bisher gültige Bewerbungsfrist für das Wintersemester einheitlich für alle M.A.-Studiengänge der Fakultät (ausgenommen: M.A.-Studiengänge der Interkulturellen Germanistik) auf den 15. August (ab WiSe 2010/11) zu verschieben.

Außerdem beschließt der Fakultätsrat einstimmig (12:0:0), eine einheitliche Bewerbungsfrist für nichteuropäische ausländische Studienbewerber/innen (d. h. visumspflichtige Bewerber/innen) für alle M.A.-Studiengänge der Fakultät einzuführen (ausgenommen: M.A.-Studiengänge der Interkulturellen Germanistik). Für die Bewerbung zum WiSe 2010/11 soll der frühestmögliche Termin angestrebt werden, voraussichtlich 30. April 2010. Die Festlegung einer regulären Frist zum Wintersemester (ab WiSe 2011/12) sowie ggf. zum Sommersemester (ab SoSe 2011) für die M.A.-Studiengänge, die zum Sommersemester geöffnet werden, soll nach Absprache mit der Studienzentrale (Abteilung Studium International) erfolgen.

Darüber hinaus beschließt der Fakultätsrat einstimmig (11:0:0) unter Ausschluss der M.A.-Studiengänge der Interkulturellen Germanistik,

- keine einheitliche Regelung bezüglich der Nachweisfrist für die besonderen Zugangsvoraussetzungen der betroffenen Fächer beizubehalten, sondern

fächerspezifische Regelungen zuzulassen (bisher mit drei Ausnahmen: Nachweis bei Bewerbung).

- dass der Nachweis über ausreichende Deutschkenntnisse nicht muttersprachlicher Bewerber/innen bis spätestens zur Immatrikulation erbracht werden soll (bisher: Nachweis bei Bewerbung).
- dass die bisher einheitliche Regelung der Notengrenze für die Bewerbung um einen M.A.-Studienplatz zugunsten fächerspezifischer Regelungen aufgehoben werden soll (bisher einheitlich möglich: Bewerbung mit einer B.A.- bzw. Durchschnittsnote bis einschließlich 3,0).
- das bisher einheitliche Kriterium für die Feststellung der besonderen Eignung (bisher einheitlich: mündliche Zusatzprüfung) zugunsten fächerspezifischer Regelungen aufzugeben.
- eine reguläre Zulassung zum Sommersemester für die M.A.-Studiengänge einzuführen, für die eine Öffnung gewünscht wird. Ein einheitlicher Termin wird noch festgelegt.

TOP 5) Studienbeiträge

Der Fakultätsrat beschließt über die Anträge Nr. 1,2,A und B der Anlage zum TOP im Sinne der Beschlussempfehlung der SK – die Anträge sind demzufolge angenommen.

Der Fakultätsrat stimmt über die Empfehlung der SK zum Antrag Nr. 3 (neue Stelle Studiendekanatsreferent/in) wie folgt ab: 2:4:5 Stimmen für die SK-Empfehlung. Die SK-Empfehlung ist damit abgelehnt, der Antrag angenommen. Der Antrag geht nun an die SK zur Stellungnahme zurück und wird in der nächsten Fakultätsratssitzung erneut vorgelegt.

TOP 6) Zielvereinbarung Lehre: Kurzbericht

Der Bericht wird einstimmig befürwortet – es sind jedoch redaktionelle Verbesserungen anzubringen – Vorschläge dazu sind direkt an Frau Geffcken zu richten.

TOP 7) Anträge der Einrichtungen

vgl. Anlage

TOP 8) Antrag auf Einrichtung einer W2-Professur (auf Zeit) für Interkulturalität und Mehrsprachigkeit

Gäste: Frau Prof. Casper-Hehne, Frau Gutjahr

Die SHK hatte sich gegen die Einrichtung der Professur ausgesprochen (Begründung vgl. Unterlagen zum TOP). Der Fakultätsrat hört zunächst die Gäste an und diskutiert anschließend insbesondere Folgendes (Zusammenfassung der wichtigsten Punkte, die zur Beschlussfassung geführt haben):

1. Finanzierung:

- SIF: feste Zusage
- Kultusministerium: mdl. Zusage
- ZeUS: Beteiligung in Aussicht gestellt
- ZKLS+: in Aussicht gestellt, Konzeption aus der Sicht der Studierenden wünschenswert, jedoch in ZKLS+ wurde auch Kritik an der Finanzierung d.

Forschungsanteils laut.

- Ablösung aus Fakultät ausgeschlossen; dazu Frau Casper-Hehne: wird als auslaufend konzipiert; Lehrangebot fällt im Falle fehlender Weiterfinanzierung weg.

2. Konzeption

- Konzeption aus der Sicht der Studierenden wünschenswert
- aus der Sicht einiger Fakultätsratsmitglieder innovatives, wenngleich (noch) nicht in allen Punkten überzeugendes Konzept
- Lehrumfang 12 LVS wird kritisiert; wünschenswert seien 8, max. 10 LVS.

3. Beschluss:

Der Fakultätsrat befürwortet die Einrichtung der Professur einstimmig. Er legt jedoch ausdrücklich fest, dass die Ablösung im Erfolgsfalle nach 5 Jahren ohne jede Beteiligung der Philosophischen Fakultät aus Haushaltsmitteln erfolgen muss. Der Fakultätsrat kritisiert den geplanten Lehrumfang von 12 LVS; wünschenswert sind 8, max. 10 LVS. Für das Sekretariat der Abteilung IKG ist eine realistische Stellenbeschreibung vorzulegen, die dem Umstand Rechnung trägt, dass für die neue Professur neue Aufgaben zu übernehmen sind.

TOP 9) Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten

Der Fakultätsrat nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und dankt der Gleichstellungsbeauftragten für die geleistete Arbeit.

TOP 10) Reisekosten für Gutachter/-innen in Habilitationsverfahren

Der FR beschließt mit 11:0:1 Stimmen die von der SHK vorgeschlagene Regelung, die in die Budgetregeln der Fakultät aufgenommen wird: „Für neu eingegangene Verpflichtungen zur Abnahme von Magister- und Doktorprüfungen sowie für Gutachtertätigkeiten in Habilitationsverfahren (d.h. ab Inkrafttreten des entsprechenden Beschlusses) werden Reisekosten für auswärtige Prüfer/Gutachter in der Regel nicht durch die Fakultät übernommen. Die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zur Magisterprüfung anmelden, die Doktorandinnen und Doktoranden und die Habilitandinnen und Habilitanden werden bei der Anmeldung auf die Regelung hingewiesen. Ihnen wird ein Formblatt vorgelegt, auf dem sie mit ihrer Unterschrift die Übernahme der Reisekosten bestätigen, sofern die Prüferin/der Prüfer bzw. die Gutachterin/der Gutachter nicht auf die Erstattung verzichtet. Den Seminaren und Instituten bleibt es jedoch überlassen, die Reisekosten im Rahmen der gesetzlichen Regelungen zu erstatten.“

Eine Ausnahme stellen binationale Doktorprüfungen dar (vgl. Beschluss des Fakultätsrates vom 24.01.2007), bei denen unter bestimmten Bedingungen eine Erstattung von RK möglich ist.“

TOP 11) Antrag des Zentrums für komparatistische Studien auf Integration in das ZTMK

Der Antrag wird einstimmig befürwortet.

TOP 12) Vorstellung der Imagekampagne der Universität

Gast: Herr Dr. Ebeling, Pressestelle

Herr Dr. Ebeling stellt mittels einer PowerPoint-Präsentation die Imagekampagne der Universität vor. Die anschließende Aussprache ergibt u.a Folgendes:

1. Aus der Sicht einiger Fakultätsratsmitglieder fehlt der Bezug der Kampagne zu

Göttingen.

2. Die Philosophische Fakultät ist mit ihren Fächern kaum vertreten.
3. Wie soll die Auswertung über die Wirksamkeit der Maßnahme erfolgen? – Herr Ebeling erläutert, das solle durch die Erhebung von Zugriffsdaten, Umfragen und die Beobachtung der Entwicklung der Bewerberzahlen geschehen.
4. Der Slogan „Freiraum ...“ wird – gerade angesichts der derzeitigen Studierendenproteste, bei dem vor allem über mangelnden Freiraum geklagt wird - als unpassend empfunden.
5. Die Zielgruppe ist unklar: Schüler lesen i.d.R. die angeführten Zeitschriften und Zeitungen (DIE ZEIT, FAZ, Der Spiegel usw.) nicht. – Herr Ebeling erläutert, das Verhältnis von Anzeigenschaltungen in Print- zu denen in online-Medien betrage 1:1.
6. Der Nutzen der hohen Investition (ca. 1 Mio. €) wird bezweifelt.

TOP 13) Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

gez. Florack
(*Dekanin*)

Schubert
(*Protokollführung*)